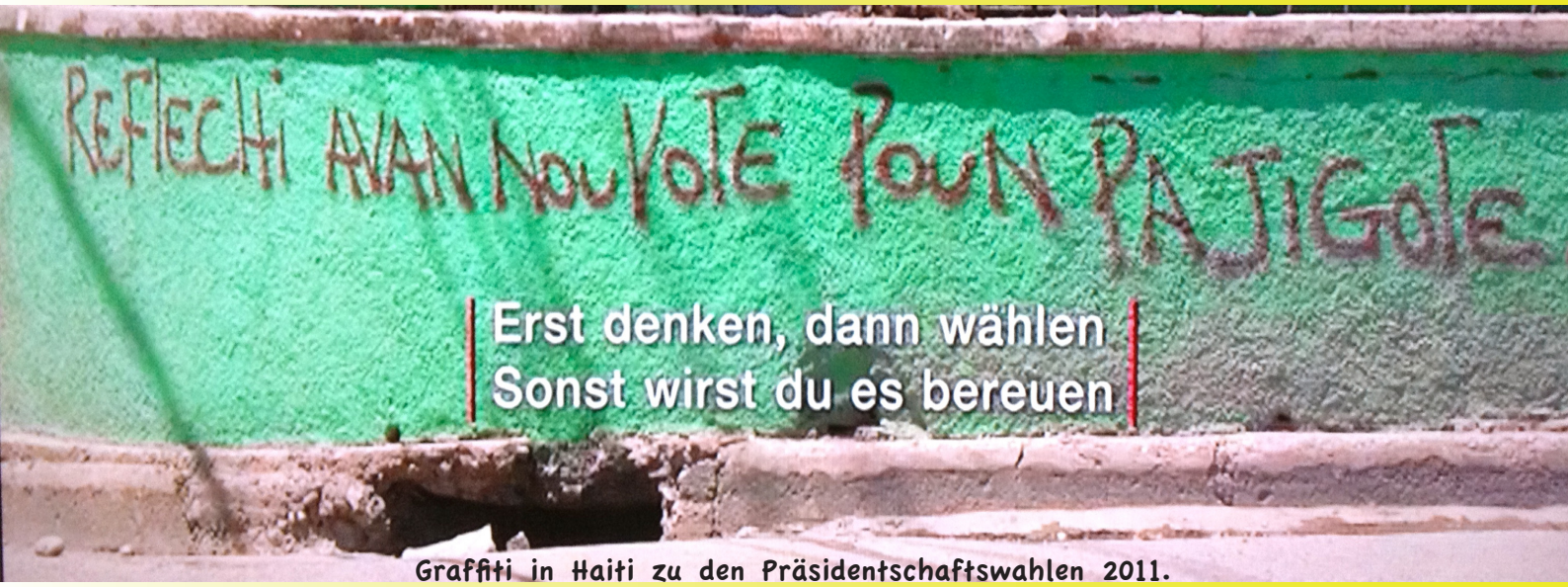
WLZ

Zeitschrift der GEW Wiesbaden

Nr. 2 / 5. September 2013

31. Jahrgang

Die Wähler dürfen Abgeordneten zu Karrieren und Diäten verhelfen, sollen sie dann aber nicht weiter belästigen.*



Graffiti in Haiti zu den Präsidentschaftswahlen 2011.
Nach dem verheerenden Erdbeben vom 12. Januar 2010 wartet die Bevölkerung noch immer auf Hilfe.

Inhalt

2 Kommentar - Klare Kante des Kapitals

3 Rückkehr zu G 9 - Eltville hat es geschafft!

Kriegen sie mich oder kriegen sie mich nicht? - Bundeswehr an den Schulen

4 Praxissemester - Was kommt auf die Schulen zu?

6 Hessische Sackgasse - Inklusion

7 Eine unendliche Geschichte

8 Die magischen „5 Prozent plus“ der FDP

10 Qual der Wahl - Schulpolitische Wahlprüfsteine

12 Privatisierung nimmt im Bildungswesen zu

15 Beschissrunde

16 Landesschulamt im Niedergang?

Vom Luxus-Liner EBS über die Titanic auf die Arche Noah

18 „Geschichte und ich“ – lebendige Erfahrungen mit Geschichte

20 Wiesbaden sonderbar

Impressum:

Wiesbadener Lehrer- und Lehrerinnenzeitung. Herausgeber ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden, Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden, Tel: 0611/406670, EMail: info@gew-wiesbaden.de; www.gew-wiesbaden.de;

Redaktion: Marion Beste, Thomas Eilers (Gestaltung), Bärbel Lambrecht, Katja Plazikowsky, Arnold Spellerberg (Texte)

Kommentar

Klare Kante des Kapitals

Der Klub des Kapitals, die Vereinigung hessischer Unternehmerverbände (VhU), hat am Freitag, dem 23.8.2013, einen Monat vor der Landtagswahl, seine Karten auf den Tisch gelegt. Seine Interessen sieht das Kapital nur gewahrt, wenn CDU und FDP weiterregieren. Laut der „Frankfurter Rundschau“ vom 24.8.2013 geht es dabei um diese Punkte:

- *Kein „Rückbau bei der Schulzeitverkürzung“*
- *Mehr Industriebetriebe von der Erneuerbare-Energien-Umlage befreien*
- *Keine Steuererhöhungen*
- *Keine Verfolgung von Steuerhinterziehern, denn es gebe schon jetzt eine „Ausschöpfung der Steuerressourcen“*
- *Der Staat habe genug Geld. „Wer mit 600 Milliarden Euro nicht auskommt, der kommt auch mit 650 Milliarden Euro nicht aus.“*
- *Minijobs sollen erhalten bleiben. Gerade in der Gastronomie sei man darauf angewiesen. Auch die Mehrheit der Minijobber sei zufrieden.*

Das alles ist nichts Neues. Nichts Neues ist es freilich auch, dass sich die beiden potentiellen Regierungsparteien aus dem „linken Wählerlager“, SPD und Grüne, immer noch weiter nach rechts hin anpassen, um „auch“ das Vertrauen des Kapitals zu erwerben. Klare Kante also auch bei euch, liebe SPD und Grüne: Das alles könnt ihr doch nicht wollen, „eigentlich“ wollt ihr ja etwas anderes, wie ihr jetzt sagt. Werdet ihr also nach der Wahl wieder damit anfangen, euch nach rechts hin zu bewegen und das alles „doch umsetzen“, weil es „nicht anders geht“, weil „eine moderne Politik so aussieht“ oder weil euch sonst „die Märkte“ das Misstrauen aussprechen?

Arnold Spellerberg

Rückkehr zu G 9 - Eltville hat es geschafft!

Das Gymnasium Eltville hat es geschafft: Als einziges Gymnasium im Schulamtsbezirk Wiesbaden/ Rheingau-Taunus-Kreis wird die Schule im Schuljahr 2013/14 beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 zu G 9 zurückkehren.

Obwohl oder gerade weil die Schule G 8 bereits 2004 (und damit ein Jahr früher als die meisten hessischen Gymnasien) eingeführt hatte, erkannte man schon bald, welche enormen Nachteile der verkürzte gymnasiale Bildungsgang für die Schule, die Kolleginnen und Kollegen und nicht zuletzt für die Schülerinnen und Schüler und deren Eltern mit sich brachte. In gleichlautenden Resolutionen forderten Lehrerschaft und Schulelternbeirat darum bereits 2008, auch den Gymnasien die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 zuzugestehen, die den kooperativen Gesamtschulen bereits gewährt worden war. Diese Resolutionen fanden seinerzeit keinerlei Beachtung bei den politischen Gremien und Parteien.

Umso erfreuter waren die Kolleginnen und Kollegen nun über Volker Bouffiers Ankündigung im vergangenen Jahr. Auch wenn man zwischenzeitlich den Eindruck gewinnen konnte, dass Teile der Schulverwaltung es den Schulen durch flugs aufgestellte Hürden möglichst schwer machen wollten, den Ministerpräsidenten beim Wort zu nehmen, ließ sich das Kollegium in Eltville nicht beirren, zumal auch die Befürchtung bestand, dass der Korridor wieder geschlossen werden würde, falls sich keine Schule auf den Weg machte. Dann hätte es heißen können: „Es will ja keiner G 9“.

Trotz vieler Unkenrufe, die Umstellung sei nur schwer möglich, war das Beschlussverfahren im vergangenen Schuljahr dann vergleichsweise einfach. Die Vorgaben des HKM bezüglich Erstellung einer Konzeption und Beschlussfassung in den schulischen Gremien wurden Schritt für Schritt abgearbeitet. Nachdem das Thema durch einen Antrag aus dem Kollegium in die Gesamtkonferenz gebracht worden war, wurde ein Meinungsbild (mit sehr eindeutigem Ergebnis!) erhoben und die weiteren Gremien (Schulelternbeirat – Schülerrat – Schulkonferenz) auf eine möglicherweise schnell herbeizuführende Abstimmung vorbereitet, da bis zuletzt eine gewisse Verwirrung bezüglich der einzuhaltenden Fristen bestand.

Inzwischen ist das geforderte Kurzkonzept eingereicht worden, Schulträger und Staatliches Schulamt haben zugestimmt. Der verbreiteten Meinung, die Umstellung auf G 9 sei schwer zu realisieren, halten wir vom Gymnasium Eltville entgegen: Wer G 8 gezwungenermaßen und gegen seine Überzeugung umsetzen kann, dem gelingt es erst recht, mit Engagement das von allen gewünschte G 9 zu gestalten! Die Kolleginnen und Kollegen des Gymnasiums Eltville würden sich freuen, wenn mehr Gymnasien im kommenden Schuljahr dem Beispiel folgen und sich auch auf den Weg zu G 9 machen würden - im Interesse der Bildung unserer Schülerinnen und Schüler!

Victoria Gulitz/ Dr. Hans Jürgen Molsberger (Mitglieder des Personalrats am Gymnasium Eltville)

Kriegen sie mich oder kriegen sie mich nicht? - Bundeswehr an den Schulen

Mit einem millionenschweren Werbeetat drängt die Bundeswehr in die Schulen, um neue Soldaten zu gewinnen: Nachwuchs ist knapp, seit die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt wurde. Hilfreich sind hier die Kooperationsvereinbarungen, die acht von 16 Bundesländern, darunter Hessen, mit der Bundeswehr abgeschlossen haben. Der Weg für die Jugendoffiziere ist in diesen Ländern also geebnet und die Bundeswehr greift zu. Sie möchte sich als „Instrument der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik, (die sich) weltweit an internationalen Operationen vom Kosovo über das Horn von Afrika bis nach Afghanistan (beteiligt)“ präsentieren. Und „gerne (…) über diese und andere aktuelle Themen im sicherheitspolitischen Kontext sowie mit Bezug zum Lehrplan und in Absprache mit dem Kultusministerium genauer informieren und mit Ihren (also: unseren) Schülern diskutieren.“ So die Werbebotschaft der Armee. Bravo! Damit sind ja bereits die wesentlichen Dinge geklärt: Die Bundeswehr ist ein Instrument der Sicherheitspolitik, wozu unzweifelhaft die geostrategischen Einsätze am Horn von Afrika und der in der Gesellschaft ja wirklich nahezu unumstrittenen Einsatz in Afghanistan gehören. Auch steht fest, dass nicht mehr die ewig kritischen Politiklehrer, sondern die objektive Bundeswehr selbst in den Klassenzimmern über die Notwendigkeit von Kriegen im Interesse Deutschlands unterrichten soll.

Hier liegt die Bundewehr auch voll im Trend: Lobbyisten aller Couleur wetteifern um die Gunst im Klassenzimmer. Sind die Pädagogen, die einladen, plötzlich blöd geworden und erkennen das Interesse nicht mehr? Sind SchulleiterInnen nur noch Technokraten, die irgendwas annehmen, nur weil es funktioniert? Nein. Aber KollegInnen wie auch SchulleiterInnen haben ein zentrales Problem: leere Kassen. Soll mal ein außerschulischer Lernort aufgesucht werden, ist dann eben gleich die Bundewehr zur Stelle und winkt mit Sonderangeboten. Einmal Besuch des ehemaligen militärischen Knotenpunkts in Osthessen, Point-Alpha, kostenfrei gegen zweimal Vortrag. Einmal Vortrag zum Point Alpha, das zweite Mal inklusive sicherheitspolitisch-militärischer Ideologie.

Nun ist das mit der Bundeswehr ja nicht unumstritten. Die einen sehen in ihr eine Parlamentsarmee, die demokratisch legitimiert und sicherheitspolitisch notwendig ist; für andere ist die Bundeswehr ein Arbeitgeber, der gewerkschaftlich ansprechbar ist und jungen Menschen berufliche Chancen ermöglicht; für wieder andere ist die Bundeswehr eine Einrichtung, die Menschen dafür ausbildet, zu kämpfen und zu töten. Sei es, wie es sei: Es ist gesellschaftlich umstritten. Doch hierfür gibt es keine Öffnung, keine institutionalisierte Kontroversität. Die Friedensbewegung hat keinen roten Teppich, der diese exklusiv berechtigt, in die Schulen zu kommen. Kooperationsvereinbarungen mit Organisationen der Friedensbewegung sind von den Bundesländern nicht abgeschlossen worden.

Wenn schon gesellschaftliche Gruppen den Schulalltag bereichern sollen, muss sichergestellt werden, dass nicht die einen mit dem großen Etat Geschenke mitbringen und andere (im Regelfall) aus Idealismus und auf eigene Rechnung kommen. SchülerInnen, die bereits in den Genuss des „Geschenks“ mit Folgekosten gekommen sind, haben nach dieser Erfahrung gefordert: „Geld aus der Bundeswehr in die Schule direkt umzuleiten, um so Schülerinnen und Lehrerinnen aus der Abhängigkeit zu holen.“ Denn die Mittel sind ja öffentliche und bei der Bundewehr, die damit nicht nur Schulen, sondern auch Kindergärten beglückt, die in der Zeitschrift „Bravo“ Anzeigen schaltet und die Adventure-Camps durchführt, nicht wirklich gut aufgehoben. Wenn Schulen Mittel dafür erhalten, gesellschaftliche Akteure einzuladen, dann können sie wählen. Sie könnten beispielsweise einen Ausflug nach Point-Alpha unternehmen oder den Aachener Friedenspreis „Schulen ohne Bundewehr“ annehmen, wenn sie, wie es 2013 Schulen in Düsseldorf, Berlin und Offenbach getan haben, der Bundeswehr die Auftritte durch entsprechende Schulkonferenzbeschlüsse untersagt haben.

Dr. Tara Tiger

Das neue Praxissemester – was kommt auf die Schulen zu?

Am 27. Juni 2013 hat der Hessische Landtag die Erprobung eines Praxissemesters für Lehramtsstudierende beschlossen. Die Goethe-Universität Frankfurt für das Lehramt an Gymnasien, die Justus Liebig-Universität Gießen für das Lehramt an Förderschulen und die Universität Kassel für das Lehramt an Haupt- und Realschulen sowie die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt für das Lehramt an Gymnasien im Fach Musik sollen jeweils Regelungen zur Erprobung eines Praxissemesters ab dem Wintersemester 2014/2015 treffen. Dieses Praxissemester soll an den genannten Hochschulen die bisherigen Praxisphasen ersetzen. Das Praxissemester beginnt nach Ende des zweiten Fachsemesters und endet spätestens am letzten Vorlesungstag des vierten Fachsemesters. Die Erprobung soll unter Einbeziehung der Lehrkräfte, die die Studierenden in der Schule betreuen, wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden.

Während des Praxissemesters sollen die Studierenden am gesamten Schulleben teilnehmen. „Hierzu gehören neben Hospitationen insbesondere eigene Unterrichtsversuche unter Anleitung von schulischen Betreuerinnen und Betreuern und Veranstaltungen außerhalb des Unterrichts wie Konferenzen, Elternabende, Wandertage, Studienfahrten, Sportveranstaltungen, kulturelle Veranstaltungen und Projekte. Die Studierenden erhalten Einblick in die Tätigkeit von Lehrkräften als Führungskräfte. Sie übernehmen daher auch ausbildungsrelevante Aufgaben aus den Bereichen Unterstützung der Schulleitung und der Fachgebiete, individuelle Förderung, Medien und Mitgestaltung der Selbstständigkeit von Schule.“ (Artikel 3.3)

Und was kommt auf die Schulen zu?

Das Gesetz sieht vor, dass die Betreuerinnen und Betreuer der am Praxissemester Teilnehmenden die Studierenden „bei der Vorbereitung und Durchführung von Unterrichtsversuchen“ anleiten und die Studierenden „systematisch zu ihrem Lernfortschritt“ beraten sollen. „Hierzu erhalten diese Betreuerinnen und Betreuer Fortbildungsangebote durch Hochschulen und kooperierende Studienseminare.“ Neben der Anleitung und Beratung der Studierenden muss die Praktikumsschule der Praktikumsbetreuerin oder dem Betreuer von der Hochschule „einen schriftlichen Würdigungsbericht über die Leistungen der oder des Studierenden“ in den einzelnen aufgeführten Bereichen zur Verfügung stellen.

Für an der Evaluierung des Praxissemesters beteiligte Lehrkräfte gibt es die gleiche Zulage wie für die Ausbildungsbeauftragten an Studienseminaren,

nämlich 76,69 Euro. Wohlgemerkt - diese Zulage gibt es nicht für die Betreuung, Anleitung und Beratung der Studierenden im Schulalltag, sondern nur für die Evaluation des Praxissemesters in Kooperation mit der Universität!

Zur Bewertung dieses Modells eines Praxissemesters

Bereits bei der Anhörung des Gesetzesentwurfs im Kulturpolitischen Ausschuss des Landtages im vergangenen Mai wurde fast unisono Kritik laut. Universitäten, Studienseminare, Schulleitungen, der Hauptpersonalrat sowie die Verbände stellten die Schwachpunkte des Konzepts aus ihrer Sicht heraus. Inzwischen hat die Fachdidaktikerkonferenz der Universität Kassel in einem offenen Brief bekundet, sich nicht an der Durchführung dieser Art von Praxissemester beteiligen zu wollen: „Die unterzeichnenden Fachdidaktiker/innen erklären deshalb, dass für sie aus den genannten Gründen eine Mitwirkung am Modellprojekt „Praxissemester“ auf der Grundlage des vorliegenden Gesetzesentwurfs (und seines Änderungsantrags) ausgeschlossen ist. Zur Mitwirkung an der Entwicklung eines sinnvollen Modells für ein Praxissemester – und dafür müssten zunächst einmal etwaige Defizite des existierenden Modells der konsekutiven Praktika sorgfältig herausgearbeitet und nachgewiesen werden - sind wir gern bereit.“

Trotz aller Widerstände und guten Argumente der Kritiker zeigten sich die Regierungsfraktionen ähnlich beratungsresistent wie beim Projekt Landesschulamt. Der Entwurf wurde nicht zurückgezogen.

Kritik im Einzelnen

1. Curriculare Kritik

Das Praxissemester ersetzt bisherige sequentiell und curricular aufeinander aufbauende Praxisphasen, die – je nach Ausbildungsstand – einen spezifischen Beitrag zum Aufbau von Lehrerprofessionalität leisten. Es bedeutet daher einen Rückschritt im Vergleich zu den bisherigen Praxisphasen.

Die frühe Situierung des Praxissemesters im Studienverlauf, verbunden mit der Aufgabe, Praxiserfahrungen zu vertiefen und zu erweitern, steht im Widerspruch zur Praxis und den Erfahrungen anderer Bundesländer und den Expertisen zu Praxisphasen. Es entsteht die Gefahr, dass unter dem Handlungsdruck der Praxis Theorieabstinenz entsteht und professionelle Reflexionsfähigkeit geradezu verhindert wird.

Was die Ziele des Praxissemesters betrifft, so muss kritisiert werden, dass die Studierenden Aufgaben zur Unterstützung von Führungskräften übernehmen und die Schulleitung bei der Mitgestaltung der Selbstständigkeit von Schule unterstützen sollen. Diese Anpassung der Studierenden an die bildungspolitischen Ziele der amtierenden Landesregierung widerspricht dem Konzept einer notwendigen theorie- und forschungsbasierten Förderung der Wahrnehmungs- und Reflexionsfähigkeit am Arbeitsfeld Schule. Damit wird die Chance vertan, dass die Studierenden die Haltung des reflektierenden Praktikers entwickeln, die einzig professionelle Haltung im Lehrerberuf. Professionalisierung bedeutet, dass Lehrkräfte reflektieren können, dass sich Gesellschaft und Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler in ständigem Wandel befinden.

2. Strukturell – organisatorische Kritik

Die Organisation des Praxissemesters ist eine organisatorische Herausforderung in einem Flächenland wie Hessen. Wenn diese Organisation nicht gelingt, besteht die Gefahr, dass die Schulen an den genannten Hochschulstandorten eine enorme Anzahl von Praktikanten zu verkraften haben und der Schulbetrieb gestört wird. Ob die Hochschulen für diese Organisation Ressourcen bekommen, ist unklar.

Die Praktikantinnen und Praktikanten werden in einem sehr frühen Stadium ihres Studiums an den Schulen unterrichten. Zu diesem Zeitpunkt haben sie weder hinreichend fachliche und fachdidaktische Kompetenz noch professionelle Reflexionsfähigkeit ausgebildet, um den Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden. Diese werden zu Versuchsobjekten bildungspolitisch unausgegorener Reformen.

3. Kritik am „Sparmodell“ Praxissemester

Zum Gelingen des Praxissemesters sind günstige institutionelle und personelle Rahmenbedingungen notwendig. An den Universitäten sind Dauerstellen erforderlich zur Sicherung der Kontinuität der Kooperation mit den Schulen und zur Betreuung der Studierenden. Die Praktikumsbetreuer müssen eine angemessene Reduzierung der Lehrverpflichtung

erhalten. Mentorinnen und Mentoren an den Schulen müssen qualifiziert werden und Anrechnungsstunden für ihre Ausbildungsarbeit erhalten. Stattdessen sollen lediglich „die an der Evaluierung der Erprobung des Praxissemesters beteiligten Lehrkräfte“ die gleiche lächerlich niedrige Zulage erhalten wie die Ausbildungsbeauftragten an Studienseminaren. Nicht nur Referendarinnen und Referendare, sondern auch die Studierenden sollen ohne zusätzliche Ressourcen ausgebildet werden, eine Überforderung und Ausbeutung des Idealismus der Kolleginnen und Kollegen!

Dieses Sparmodell steht in eklatantem Widerspruch zur Finanzierung des Praxissemesters in anderen Bundesländern, z.B. Nordrhein-Westfalen oder Hamburg. Dort erhalten Mentorinnen und Mentoren Anrechnungsstunden.

Insgesamt kritisiert die GEW Hessen, dass keinerlei Offenlegung der Finanzierung des Praxissemesters erfolgt.

Fazit

Auch wenn das Gesetz zur Einführung des Praxissemesters „nur“ die genannten Hochschulen und Studiengänge betrifft und ausdrücklich auf „Erprobung“ des Praxissemesters gerichtet ist, zeigt es doch gravierende Mängel, so dass ein Scheitern des Vorhabens auf Kosten der Studierenden, der in der Lehrerbildung tätigen Hochschulbeschäftigten, der betreuenden Lehrkräfte an den Schulen sowie der Schülerinnen und Schüler programmiert ist. Das Gesetz ist wieder mal ein deprimierendes Lehrstück für die Uneinsichtigkeit der schwarz-gelben Landesregierung!

Franziska Conrad

Hessische Sackgasse Inklusion

In Wiesbaden gibt es eine lange erfolgreiche Tradition Inklusiven Unterrichts, früher „Gemeinsamer Unterricht“ genannt. Aus diesem Grund wäre es sinnvoll gewesen, diesen Unterricht weiter auszubauen, die vielfältigen Erfahrungen aus über 25 Jahren zu nutzen und im Sinne der UN-Konvention weiterzuentwickeln.

Stattdessen wird in Wiesbaden, dem neuen Hessischen Schulgesetz und einer neuen Verordnung entsprechend, die sonderpädagogische Förderung komplett neu organisiert. Zur Erinnerung: In der seit Mai 2012 gültigen Verordnung wurden Klassenhöchstgrenzen aufgehoben und Stundenzuweisungen für behinderte Kinder gekürzt. Auch die Begrifflichkeiten wurden verändert: „Gemeinsamer Unterricht“ (GU) heißt jetzt „Inklusive Beschulung“ (IB), Beratungstätigkeiten der Förderschullehrkräfte an den Regelschulen „Vorbeugende Maßnahmen“ (VM), das Ganze „Inklusiver Unterricht“ (IU). Geregelt wird dies alles über die „Beratungs- und Förderzentren“ (BFZ), die mittlerweile zu „kleinen Schulämtern“ aufgewertet wurden, da sie für den Einsatz der Förderschullehrkräfte und die Stundenzuteilungen zuständig sind. Alle Förderschullehrkräfte, die bis jetzt Mitglied eines Regelschulkollegiums waren, werden seit dem letzten Schuljahr an die BFZ zwangsversetzt und von dort aus im Rahmen der IB stundenweise im besten Fall an ihre ehemalige Schule rückabgeordnet oder sind im Rahmen von VM teilweise an mehreren Regelschulen tätig.

Was bedeutet dies alles konkret?

Wird bei einem Kind in unserem Schulamtsbezirk ein sonderpädagogischer Förderbedarf vermutet, wird ein Entscheidungsverfahren in die Wege geleitet: Eine förderdiagnostische Stellungnahme wird verfasst, an deren Ende ein Vorschlag zur Empfehlung über die weitere Förderung unter Beachtung der vorhandenen Ressourcen steht. Letztlich entscheidet dann der Förderausschuss auf dieser Grundlage über Art, Umfang und Organisation der sonderpädagogischen Förderung.

Hier bereits wird das Ausmaß des Mangels ersichtlich. Wer entscheidet bei unzureichenden Ressourcen, wer wie viele Stunden erhält? Wer darf bleiben, wer muss an die Förderschule? Und weichen Eltern nicht „freiwillig“ zur Förderschule aus, wenn man sie mit den fehlenden personellen, räumlichen und sächlichen Mitteln der Regelschulen unter Druck zu setzen versucht? So viel zum Ressourcenvorbehalt!

Unser Schulamt versucht, das Problem ein wenig zu umschiffen, indem es Stunden „einspart“. Inklusion wird weitgehend über die „Vorbeugenden Maßnahmen“ abgewickelt. Das bedeutet beispielsweise, dass zielgleich zu unterrichtende Kinder (mit dem Förderschwerpunkt Sprache oder dem Förderschwerpunkt sozial-emotionale Entwicklung) lediglich Stunden aus diesem Stundenpool erhalten, eine inklusive Beschulung entfällt für diese Kinder.

Mehr Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf sitzen jetzt also in größeren Klassen im Inklusiven Unterricht und werden mit geringerem Stundenumfang gefördert. Die Lehrkräfte, die für diese Kinder zuständig sind, kommen von außen und haben für die Förderung weniger Zeit. Bewährte Prinzipien wie Teambildungen in inklusiven Klassen oder der Aufbau von Beziehungen zu Kindern und im Kollegium werden dadurch zunichte gemacht. Stunden im Bereich VM kommen nur in geringem Umfang in den Schulen und bei den Kindern an, da hier ein hoher bürokratischer Aufwand betrieben werden muss (Fahrtzeiten, Anträge, Dokumentationen, Arbeitszeitnachweise, Teamsitzungen, förderdiagnostische Stellungnahmen)

Warum einfach, wenn es auch kompliziert geht? Dieser Spruch drängt sich auf, wenn man sich vor

Augen führt, wie seit Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes inklusiv gearbeitet werden soll. Von vielen unbemerkt hat sich hier ein vom Ansatz her falsches System einer sonderpädagogischen Förderung etabliert: Die Steuerung der sonderpädagogischen Förderung allein durch die BFZ, die in der Regel Teil einer Förderschule sind, verhindert ein sinnvolles System von Förderung vor Ort. Statt hohe bürokratische Hürden aufzubauen, sollten an möglichst jeder Regelschule wohnortnah, schnell und unkompliziert beeinträchtigte oder behinderte Kinder in ihrer Lerngruppe gefördert werden. Zudem wollen viele Förderschulkräfte im ehemaligen GU nicht an Förderschulen versetzt werden.

Im Gegensatz zur Aufnahme in die „inklusive Beschulung“ ist die Aufnahme in die Förderschule sehr einfach: Die Eltern stellen einen Antrag, es wird, falls nötig, ein sonderpädagogisches Überprüfungsverfahren durchgeführt, manchmal reichen auch vorhandene diagnostische Unterlagen. Plätze an Förderschulen gibt es genug. Es gibt Schulaufsichtsbezirke in Hessen, an denen z. Zt. die Aufnahmezahlen der Förderschulen deutlich steigen, denn viele Eltern sind zudem nicht ausreichend informiert bzw. kapitulieren vor den bürokratischen Hürden einer inklusiven Beschulung. Förderschulen wie z. B. die „Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen“ entwickeln sich immer mehr zu „Angebotsschulen“ mit einem eigenen Bildungsgang. Übergänge in eine Regelschule werden so schwieriger.

Auch der Nutzen der sogenannten „Modellregion Inklusion“, die in Wiesbaden mit personeller, sächlicher und konzeptioneller Unterstützung des städtischen Schulamts zu einem verbesserten inklusiven Angebot führen soll, ist fragwürdig – wurde dieses ursprünglich positive Projekt doch in genau das neue BFZ-System überführt. So werden die Förderschullehrkräfte in Wiesbaden auch in einer „ Modellregion Inklusion“ ihre Stammschule nicht mehr an den Regelschulen, sondern an den BFZ haben und von dort aus stundenweise abgeordnet werden – dies in einer Stadt, in der GU seit über 20 Jahren erfolgreich praktiziert wird und Förderschullehrkräfte selbstverständliche Mitglieder dieser Kollegien waren. Wurde es versäumt oder war es politisch nicht erwünscht, die vielfältigen Erfahrungen des GU in Wiesbaden in die Konzeption mit einzubeziehen?

Die Inklusion in Hessen ist in eine Sackgasse geraten. Bewährte Strukturen inklusiven Arbeitens wurden zerschlagen, die Förderschule erfährt derzeit paradoxerweise eine Aufwertung und die Entwicklung sowie Organisation der sonderpädagogischen Förderung verliert sich in einer kleinkrämerischen Bürokratie.

Von einer zukünftigen hessischen Landesregierung erwarten wir im Sinne der UN-Konvention:

- Aufhebung des Ressourcenvorbehalts
- Grundausstattung der Regelschulen mit multiprofessionellen Teams und den dafür notwendigen Mitteln und deshalb auch
- keine Zwangsversetzungen der Förderschullehrkräfte an die BFZ
- Wiederherstellung bzw. Weiterentwicklung der Standards in Unterricht und Förderung, wie sie im GU erfolgreich praktiziert wurden - Inklusion muss nicht neu erfunden werden!

Sigrid Rohleder, Katja Plazikowsky

Eine unendliche Geschichte

Aufzeichnungen einer Förderschullehrerin

1980: Ich fange als junge Sonderschullehrerin in Wiesbaden an und komme an die damals noch existierende Ludwig-Richter- Schule, eine „Sonderschule für Lernbehinderte“. Diese Schule bietet alle räumlichen Möglichkeiten, von denen wir heute, mehr als 30 Jahre später, an Lernhilfeschulen in Wiesbaden nur träumen können: ein modernes, neu erbautes Gebäude, Klassenzimmer mit Nebenräumen, Grünanlagen ringsherum, Turnhalle, Fachräume, eine Grundschule auf dem gleichen Gelände. (Es war noch keine Rede von Inklusion, die „Sonderschulwelt“ war noch „in Ordnung“, aber später hätten hier eine Kooperation zwischen den beiden Schulen und noch mehr entstehen können …)

1989: Es kommt, wie es in Wiesbaden offenbar immer kommen muss: Die Stadt braucht Geld, es gibt zu viele Sonderschulen (ein Gedanke, dem ich bereits

damals zustimmte), also verkauft die Stadt einen Teil des Geländes der früheren Ludwig-Richter-Schule. Für das Kollegium unserer Sonderschule heißt das, dass wir umgesiedelt werden müssen. Wir kommen auf diese Weise an die damals schon marode Comeniusschule. Es gibt keine Eltern und keine bewusste Öffenlichkeit, die sich darüber beschweren würden: Sonderschüler haben keine Lobby. Und es fällt offenbar niemandem auf, dass wir hier einen schlechten Tausch gemacht haben, sind doch die beiden anderen Sonderschulen, die August-Hermann-Francke-Schule und die Albert-Schweitzer-Schule, noch baufälliger als die Comeniusschule.

Ab 1990: Die Oberbürgermeister kommen und gehen, das Problem bleibt bestehen. Ob Exner, Diehl, Müller, die politische Coleur spielt keine Rolle. Es heißt immer mal wieder: „Jetzt wird saniert". Aber dann: Mal ist kein Geld im städtischen Haushalt, obwohl bereits - natürlich nicht umsonst - geplant wurde, mal werden Gelder des Konjunkturprogramms leider dringend woanders gebraucht, mal gibt es Planungen, die wieder abgebrochen oder dann doch europaweit ausgeschrieben werden müssen: Das Kollegium kommentiert diese Informationen schließlich nur noch mit Galgenhumor oder Sarkasmus - eine Lobby für Förderschüler gibt es immer noch nicht.

Ab 2000: Aus „Sonderschulen" werden „Förderschulen". Die Comeniusschule gammelt weiter vor sich hin. Beliebte Statements von Hausmeistern oder Handwerkern sind: „Da mache mer gar nix mehr. Es werd ja doch neu gebaut", so etwa 2007, als mein Klassenzimmer unter Wasser steht…. Es hatte mal wieder durch Dach und Fensterrahmen geregnet. Der Schulleiter drückt mir wortlos einen Wischmop in die Hand. Weder die PCB-Belastung noch der Efeu, der dann irgendwann öffentlichkeitswirksam wird, weil er durch die Fenster wächst, bringt die Verantwortlichen der Stadt Wiesbaden dazu, endlich das zu tun, was ihre Aufgabe gewesen wäre: die Schule umzusiedeln und neu zu bauen. Das Kollegium ist nicht untätig: Es fordert, es schreibt Resolutionen, wir besuchen zahllose Stadtverordneten- oder Bauausschusssitzungen, wir melden uns zu Wort.

2008: Thorsten Schäfer-Gümbel, zum ersten Male Spitzenkandidat der hessischen SPD, besucht die Schule und empört sich zu Recht über die Zustände - es ist mal wieder Wahlkampf.

2010: Die Stadt beschließt, die inzwischen genauso marode Francke-Schule zu schließen und das Gelände zu verkaufen. Die Schule soll „auslaufen" - im selben Gebäude. Das wird noch ein paar Jährchen dauern, diese „auslaufende Aufhebung".

2011:Der Schweitzer-Schule werden jetzt auch offiziell weitreichende neue Aufgaben zugewiesen - das Zeitalter der „Beratungs-und Förderzentren", abgekürzt BFZ, hat begonnen. Gebäude und Gelände der Schule jedoch bleiben in ihrem skandalösen Zustand unverändert.

2012: Die Comeniusschule wird in das „Rotaprint"-Gebäude an der Holzstraße (Homburger Straße) umgesiedelt, nicht gerade der ideale schulische Rahmen für im Lernen und Verhalten beeinträchtigte Kinder: Es gibt nur einen Mini-Schulhof, keine Aula, keine Turnhalle, höchst unzureichende Fachräume. Aber es regnet nicht durch, die Fenster faulen nicht vor sich hin, wir müssen nicht im Container unterrichten - das lernt man zu schätzen. Das BFZ der Comeniusschule residiert jetzt immerhin in einem eigenen Stockwerk.

2013: Statt 2014 heißt es jetzt, dass wir vermutlich 2015 umziehen. Die Chronik der angekündigten, dann widerrufenen Bauabsichten („Wenn wir abreißen, wird sofort gebaut...") wird unendlich. Die „PPP" („Public Private Partnership" –Problematik mit ihren zusätzlichen Verzögerungen versteht die normalsterbliche Lehrkraft schon längst nicht mehr. Ich schließe mit mir selber Wetten ab, ob ich den Umzug noch als aktive Lehrerin erleben werde … Bis jetzt (August 2013) hat sich im und am Gelände der Comeniusschule noch nichts Wesentliches getan, außer dass man ein Bauschild aufgestellt sowie einen Pavillon abgerissen hat.

Wiesbaden hat viele Ambitionen: Landeshauptstadt, Weltkurstadt, man würde gerne ins Weltkulturerbe aufgenommen werden, Werbung: „Einkaufsstadt", Volkes Stimme: „Yuppiestadt", Yuppies Stimme: „Ein Magnet für Betuchte", literarisch: „Roulettenburg", „Fiesbaden". Überflüssig anzumerken, dass zahlreiche andere Schulen in „Wiesbaden sonderbar" (abermals Volkes Stimme) ebenfalls sanierungsreif sind?

Katja Plazikowsky

Lehrerzuweisung: Die magischen „5 Prozent plus" der FDP

Eines muss man der FDP lassen: Auf geradezu magische Weise gelingt es ihr immer wieder, die 5%-Hürde zu überspringen!

Ihr Wahlversprechen einer 105-prozentigen Lehrerzuweisung hat sie zumindest auf dem Papier erfüllt und tatsächlich sind auch einige Stunden als Wahlgeschenk bei den Schulen angekommen – besonders viele natürlich bei den Jüngern (oder sollte man sagen: den Adepten?) der FDP, den selbstständigen Schulen, deren Leiter oder auch Leiterinnen selbstredend besonders selbstherrlich über dieses Geschenk verfügen dürfen.

105 % suggerieren, dass die Schulen mehr als genug Personal hätten, um ihre gewachsenen Aufgaben zu erfüllen – der Schwarze Peter liegt jetzt mithin bei den Schulen, wenn etwa die individuelle Förderung nicht funktioniert oder Unterricht ausfällt, weil keine qualifizierten Vertretungskräfte zu finden sind. Das Perfide daran ist, dass das Kultusministerium die Basisgröße 100 % festlegt. Und diese 100 % sind alles andere als ausreichend. Sie bezeichnen lediglich die „Grundunterrichtsversorgung“, das heißt, die reine Abdeckung einer Stundentafel für immer noch viel zu große Klassen unter der Voraussetzung, dass kein Kollege ausfällt. Das aufgeblähte „Plus“ wird schlicht und einfach auf einem Mangelzustand errichtet.

„Unsere“ hessischen 105 % sind im Ländervergleich gerade einmal durchschnittlich und im internationalen Vergleich mangelhaft:

Die öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung in % des Bruttoinlandsprodukts (2009) lagen in Hessen bei 3,9, im Bundesdurchschnitt bei 4,5 und im OECD-Durchschnitt bei 5,2.

Für das zahlenmäßige Schüler–Lehrer-Verhältnis im Jahr 2010 weist das Statistische Bundesamt folgendes Missverhältnis aus:

	Primarbereich	Sekundarbereich
Hessen	17,3	15,5
Deutschland	16,7	14,9
OECD	15,9	13,7

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Internationale Bildungsindikatoren, 2012

Es bleibt aber beeindruckend, wie gezielt die magischen 5 % angepeilt wurden:

In den letzten Jahren wurde an vielen kleinen und größeren Stellschrauben gedreht, um die Zahl der unterrichtswirksamen Stellen zu vergrößern. So wurden Stellen im Bereich der Fortbildung reduziert und Deputate für Vertrauenslehrer und Tutoren gestrichen. Die Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst wurde erhöht, was auf dem Papier 150 zusätzliche Stellen ergibt. Das Auslaufen der letzten G 9-Jahrgänge, rechtzeitig vor den Wahlen, spart zusammen mit „Demographiegewinnen“ rund 700 Stellen. Ganz bewusst wurde auch darauf verzichtet, das Ergebnis der letzten Tarifverhandlungen vollständig auf Beamte zu übertragen – den größten Teil des „Wahlgeschenkes“ zahlen wir daher mit unserer Mehrarbeit selbst!

Weniger wird im politischen Eigenlob mehr – das haben wir schon bei „U-Plus“, „Selbstverantwortung-Plus“ und „50-Plus“ erfahren müssen. Was bleibt diesmal von den „5% Plus“?

105%	
- 1 %	*für Nicht-Selbstständige Schulen (nur Selbstständige Schulen erhalten 105 %)*
- a %	*erhöhter Arbeitsaufwand durch wachsende Heterogenität, individuelle Förderung, Kerncurricula, Vergleichsarbeiten, Koordinationszeiten ...*
- b %	*„Inklusion“ ohne zusätzliche Förderschullehrer*
- c %	*„Halbe Ganztagsprogramme“ auf dem Rücken von Kolleginnen und Kollegen, die mit längeren Anwesenheitszeiten und mehr Springstunden belastet werden*
- d %	*schärfere „Plausibilitätsprüfung“ bei der Unterrichtszuweisung (d.h. es wird mit weniger Klassen und Oberstufenschülern gerechnet als von den Schulen prognostiziert)*
- e %	*gekürztes Vertretungsbudget für die Schulämter – die bisherige Reserve von 0,25% der Zuweisung wurde direkt an die Schulen gegeben*
- f %	*Unbesetzte Stellen an Grund- und Förderschulen, weil unter anderem Referendarstellen gestrichen wurden*
- g %	*Unterbesetztes Schulamt – (5 statt 10 Dezernenten!), dadurch verzögerte Funktionsstellenbesetzungen und Abordnungen von Schulleitungsmitgliedern ans Amt, was wiederum die Schulen belastet*
- h %	*Anrechnung der Zuschläge für bilinguale-, MINT - oder Musikschwerpunkte*
- i %	*Einbeziehung der Oberstufenentlastung in den Zuschlag*
- j %	*höhere Anrechnung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (von 6,4 auf 8 Stunden)*
- k %	*Wegfall der Tutorenstunde, der Stunden für Verbindungslehrer, der Entlastung für Lehrer in Justizvollzugsanstalten...*
- y %	*drastische Kürzung der Fortbildungs- und Unterstützungsangebote*
- z %	*Umwandlung von bis zu 30 % des Zuschlags in Schulleitungsdeputat*
= 100% - x	

Bleibt nur zu hoffen, dass die Regierungsparteien die Quittung für diese Rechentricks bekommen und die FDP sich – genau wie wir - mit weniger als 5 Prozent begnügen muss!

Michael Zeitz

Die Qual der Wahl: Schulpolitische Wahlprüfsteine

Immer wieder müssen wir feststellen und bekommen es überdies von der OECD offiziell bestätigt, dass unser reiches Land zu wenig in Bildung investiert. Dass wir von den Schuldenbremsern CDU und FDP hier keine Verbesserung erwarten dürfen, haben diese schon viel zu lange unter Beweis gestellt (siehe dazu auch die Artikel „105 %“ und „Besoldungsbeschiss“ in dieser Ausgabe) Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch, dass Hessen der Landeszentrale für politische Bildung nicht einmal genug Geld zur Verfügung stellt, um einen „Wahlomaten“ einzurichten oder eine Synopse der Wahlprogramme zu erstellen!

Die Oppositionsparteien versprechen viel: Ob sie verstärkte Einnahmen durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer realisieren würden, um eine stärkere Umverteilung durchzusetzen und mehr Bildungsinvestitionen zu tätigen, bliebe abzuwarten.

Thema	SPD	CDU	
Längeres gemeinsames Lernen	Ist überzeugt, dass längeres gemeinsames Lernen bis zur zehnten Klasse mehr Chancen eröffnet. Ein Angebot an alle Schulen.	Erhalt eines gegliederten Schulsystems sowie eines nach Lehrämtern differenzierten Lehrerbildungssystems; Ablehnung von Einheitsschule und Einheitslehrern...	
Ganztagsangebot	Will dafür sorgen, dass jedem Kind wohnortnah eine ganztägig arbeitende Schule angeboten wird.	Ausbau eines „Pakts für den Nachmittag“ durch Land, Kommunen, Schulen, Vereine und Kirchen, der für Kinder bis zum 12. Lebensjahr ein flächendeckendes Bildungs- und Betreuungsangebot auf freiwilliger Basis sichert.	
G8/G9	Für G9 - aber flexible Gestaltung Kindern, die in G8 sind, wird der Wechsel zu G9 ermöglicht	„Wahlfreiheit“ (WP)	
Inklusion	Umsetzung eines inklusiven Schulsystems wird angestrebt. Die Inklusion ohne Ressourcenvorbehalt (WP)	Erhalt und Weiterentwicklung des Förderschulsystems und Ausbau der Kompetenzzentren Inklusion von behinderten und nicht behinderten Kindern nur im Rahmen der pädagogischen Grenzen	
Selbständige Schule	Ja. Gesamtbudget für Personal- und Sachmittelaufwendungen Schulkonferenz stärken.	Ja. Freie Entscheidungsmöglichkeiten etwa im Bereich Personalauswahl, Unterrichtsgestaltung und Finanzen	
Privatschulen	Das öffentliche Schulsystem, d.h. öffentliche Schulen in kommunaler Trägerschaft haben Priorität. Schulen in freier Trägerschaft sind eine Ergänzung des staatlichen Schulwesens und durch Verfassungsrang geschützt. (WP)	Bekenntnis zum Ersatzschulsystem	
Lehrerbildung	Die finanzielle Ausstattung soll wieder auf den Stand vor den Kürzungen angehoben werden. Das Praxissemester wird abgelehnt. Ein neues Lehrerleitbild mit mehr Praxisanteilen soll ins Zentrum der Ausbildung rücken. (WP)	Bekenntnis zur schulformbezogenen und fachspezifischen Lehrerbildung. Fortentwicklung des Praxissemesters im Sinne einer weiteren Optimierung des Praxisbezuges in der Lehrerbildung.	
Tarifverträge und Besoldung	Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder vollziehen.	Eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder wird ... zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angestrebt	

Die Parteien zur Bildungspolitik und zu den Themen Tarifvertrag und Besoldung in Hessen. Auszüge aus den Parteiprogrammen zur Landtagswahl und aus den Antworten auf die Wahlprüfsteine der GEW Nordhessen
(Die Zitate aus den Wahlprüfsteinen sind mit „WP“ kenntlich gemacht. Die Wahlprüfsteine mit ausführlichen Antworten zu anderen landespolitischen Themen finden sich unter: http://www.gew-nordhessen.de/default.htm)

Zentrales Thema der Landespolitik ist die Bildung. Aus den Parteiprogrammen und den „Wahlprüfsteinen“ der GEW-Nordhessen haben wir schulpolitische Aussagen zur Hessenwahl im Folgenden knapp zusammengestellt. Außerdem veröffentlichen wir Äußerungen der Parteien zu den Themen „Tarifvertrag und Besoldung in Hessen“. Übrigens: Die FDP hat als einzige Landtagspartei auf die erbetenen Antworten zu den „Wahlprüfsteinen“ verzichtet. Bei dieser vornehmen Partei sind wir allein auf die Aussagen ihres Programms angewiesen. Dass dort zu solch gewöhnlichen Angelegenheiten wie etwa einem Tarifvertrag oder einer Besoldungsregelung nichts zu lesen ist, überrascht nicht weiter. Über Geld spricht man ja nicht, Geld hat man. Wir finden das alles jedoch ganz schön mutig für eine Partei, der das Wasser am Halse steht und die um jede Stimme kämpfen müsste. Die FDP verspricht sich wohl keine erfolgreiche Werbung in GEW-Veröffentlichungen, womit sie Recht haben könnte. (Michael Zeitz)

	GRÜNE	DIE LINKE	FDP
	„Schulfrieden“: Freiwilliges Angebot für längeres gemeinsames Lernen; Erhalt bestehender gegliederter Schulsysteme	Eine Schule für ALLE – bis einschließlich Klasse 10	Wahlfreiheit der Schule und der Schulart…. Erhalt der Gymnasien…und bestehenden Gesamtschulen
	Voraussetzungen schaffen, dass an allen Grundschulen ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7:30 bis 17.00 Uhr angeboten werden kann.	Eine rhythmisierte gebundene Ganztagsschule, in der Lerngruppen an mindestens drei Tagen bis 15.30 Uhr leben und lernen.	Setzt sich für den Ausbau von Ganztagsschulen und Schulen mit Ganztagsangeboten am Nachmittag ein.
	Für eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 - G8 soll weiterentwickelnt werden	G8 gehört sofort und an allen hessischen Schulen abgeschafft. (WP)	Gegen die Bevormundung der Eltern; Wahlfreiheit zwischen G8 und G9
	Eltern sollen frei entscheiden können, ob sie ihr Kind an einer wohnortnahen allgemeinen Schule oder an einer Förderschule unterrichten lassen wollen.	Inklusion kann nur gelingen, wenn alle notwendigen Mittel, egal in welcher Form, zur Verfügung gestellt werden. (WP)	In Zukunft sollen mehr Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Regelschule unterrichtet werden. Für den Erhalt der Förderschulen
	Ja. Mehr Entscheidungskompetenzen; von unnötiger Bürokratie befreien.	Schulen soweit wie möglich überlassen, wie sie ihre Ziele erreichen.	Der Ausbau der Selbstständigen Schulen soll konsequent fortgesetzt werden
	Schulen in freier Trägerschaft können eine Bereicherung der Bildungslandschaft sein und wichtige Impulse für die Schulentwicklung geben.	Gegen die Privatisierung des Bildungswesens. Keine weitere Kommunalisierung der Schulen (WP)	Die Privatschulen sind unerlässlicher und wichtiger Bestandteil unseres Schulsystems.
	Ein Praxissemester ist sinnvoll, dazu soll ein praxistaugliches Modell entwickeln werden. Die Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung soll ausgebaut werden und sich stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen orientieren	Verzahnung von theoretischer und praktischer Ausbildung, von Fachwissenschaft und Pädagogik, Didaktik und Methodik über die gesamte Dauer der Ausbildung.	Eine landesweite Etablierung des Praxissemesters für alle Bildungsgänge sollte nach Beendigung des Modellversuches geprüft werden.
	Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) aufnehmen, um wieder in die TdL eintreten zu können.	Wiedereintritt des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder, Wiedereinführung der Wochenarbeitszeit nach dem Tarifvertrag der Länder (TVL), Verringerung der Arbeitszeit auf 38,5 Stunden auch für die Beamtinnen und Beamten.	?

Zustimmung · Zum Teil Zustimmung · Ablehnung

ENDLICH! - SCHULDENBREMSE GREIFT

Privatisierung im Bildungswesen nimmt zu

Die Privatisierung großer Teile unserer Gemeingüter, wie wir sie momentan haufenweise erleben dürfen, ist gezielt herbeigeführt worden. Der IWF, die Weltbank und die Europäische Kommission mit ihrer Finanzpolitik treiben diese Entwicklung voran und schaffen die Rahmenbedingungen dafür. Der Staat wird gezwungen, seine Dienstleistungen immer weiter einzuschränken oder zu streichen. Dies gilt auch für das Bildungswesen.

Privatschulen und Nachhilfeanbieter sind auf dem Vormarsch. Um Personalkosten zu sparen, nimmt die Zahl der Seiteneinsteiger in Schulen zu und es werden Aufgaben von Lehrkräften an Einsatzkräfte mit prekären und unsicheren Arbeitsverträgen vergeben. Private Stiftungen, in erster Linie die Bertelsmann-Stiftung, verfolgen das Ziel, das öffentliche Bildungswesen umzubauen und Elemente aus der Privatwirtschaft einzuführen. Das Berufsschulsystem soll marktgerecht umgestaltet werden.

PPP ist Privatisierung

Im Folgenden geht es um eine besondere Strategie der Privatisierung, nämlich um Public Private Partnership. Mit Public Private Partnership (PPP) übernimmt ein privater Investor Planung, Bau und Finanzierung von Schulen und betreibt die Gebäude dann bis zu 30 Jahre. Die Kommune zahlt Miete, wird also vom Eigentümer zum Mieter. Ebenso funktioniert es mit Krankenhäusern, Tunneln, Gefängnissen und mit noch anderen öffentlichen Gebäuden oder Einrichtungen.

Die Mieten sind versteckte Kredite und damit Schulden, werden aber im Haushaltsplan nicht als solche ausgewiesen. Eine mit PPP renovierte oder gebaute Schule erscheint kurzfristig als eine Ausgabenersparnis, langfristig steigt die Verschuldung der Kommunen.

Schulsanierung in Wiesbaden: Comeniusschule

Bei der Sanierung Wiesbadener Schulen, die besonders dringend ist, zeichnet sich die Gefahr ab, dass zur Lösung dieser öffentlichen Aufgabe die Gelder nicht mehr in den städtischen Haushalt gestellt werden, sondern ein „Internes PPP“ Anwendung findet. „Intern“ bedeutet, dass eine stadteigene Gesellschaft wie die WIBAU GmbH beauftragt wird. Die parlamentarische Kontrolle soll darüber gewährleistet sein, dass Vertreter der Fraktionen in den Aufsichtsräten sitzen. Das Modell „Mieten macht Schule“ soll u .a. gewährleisten, dass mit der Miete die im Vertrag festgehaltenen Betreiberkosten (z. B. Renovierungen) abgedeckt sind.

Mit der dringend erforderlichen Neugestaltung der Comeniusschule wird der Anfang gemacht. Die dort gewonnenen Erfahrung soll bei weiteren Vorhaben, wie z. B. bei einer geplanten Sanierung der Freiherr-vom-Stein-Schule und der Friedrich-Ebert-Schule, zum Tragen kommen.

Bei der Comeniusschule zeichnet sich ab, dass allein schon die schwierigen Vertragsverhandlungen zwischen der Stadt und der stadteigenen Gesellschaft WIBAU GmbH zu Verzögerungen führen werden. Nach der bisherigen Planung soll der Umzug aus dem Rotaprint-Gebäude in der Homburger Straße in ein neues Gebäude bereits während der Sommerferien 2014 erfolgen. Jetzt ist davon die Rede, dass er frühestens in den Osterferien 2015 stattfinden kann.

Beispiele aus dem Kreis Offenbach und aus Frankfurt

Ein Blick auf die Zustände in anderen Landkreisen oder Kommunen wie etwa dem Kreis Offenbach und der Stadt Frankfurt lässt befürchten, dass sich dieses Modell für Schulsanierungen nicht rechnet, sondern letztlich zu Mehrkosten führt. Bei unserem 7. Bildungsgespräch am 6. Juni 2013 legten die GEW-KollegInnen Ruth und Herbert Storn überzeugend dar, zu welchen Problemen und Folgekosten PPP-Projekte führen können:

Im Kreis Offenbach ging es um das größte Schul-PPP-Projekt in Deutschland, nämlich um 89 Schulen. Für etwa 30 Mio. Euro bescheinigten Berater wie etwa Ernst & Young, dass diese Lösung um 18,5 % günstiger sei. Die Kanzlei Freshfields erhielt 7 Mio. Euro. Durch Nachforderungen der Investoren stieg die Anfangsmiete von jährlich 52 Mio. Euro (2005) auf 73 Mio. (2010). Nach zwei Jahren lagen die Kosten für das ganze Projekt schon um 7,5 % über dem Vergleichsbetrag, der nach der Behauptung des Landkreises Offenbach angefallen wäre, hätte man in staatlicher Regie gebaut. Die Gesamtsumme der Mieten über den Zeitraum von 15 Jahren hin steigt um 520 Mio. Euro.

Die Hausmeister wurden von den privaten Bewirtschaftern übernommen. Ihr Aufgabenkatalog wurde eingeschränkt, so dass z. B. die Schulen pünktlich um 17.00 Uhr schließen und in den Abendstunden nicht mehr genutzt werden können.

In Frankfurt stiegen die ursprünglich erwarteten Kosten für das Bildungszentrum Ost um mehr als das Doppelte. Abgesehen von den fragwürdigen Wirtschaftlichkeitsberechnungen, gibt es häufig bauliche Mängel, lange Reparaturzeiten und – wie vertraglich festgelegt – keinerlei Reklamationsrecht.

Medienversorgung - ein weiteres Beispiel: Für die Wartung von Smartboards oder Laptops sollen jetzt überörtliche Angestellte privater Firmen statt – wie früher – Hausmeister und Medienassistenten zuständig sein. Die neuen Ansprechpartner sind jedoch schwer erreichbar oder überlastet. Defekte Geräte stehen ungenutzt herum, wenn nicht KollegInnen unter Einsatz von Zeit und Geld nach Lösungen suchen.

Widerstand organisieren ist schwer

Der Widerstand in der Bevölkerung gegen die Privatisierungsorgien ist leider noch gering. Die Aufklärung über den Sachverhalt gestaltet sich schwierig. Häufig wird einfach behauptet, dass PPP, wenn es um einen Schulneubau oder eine Schulsanierung geht, die einzige Lösung sei, um unter den Bedingungen der Schuldenbrems zu verfahren („Es gibt keine Alternative“). Eltern stehen zumeist ohne Vorankündigung vor dem Problem, dass ihre Kinder in maroden Räumen untergebracht werden. Sie sind natürlich froh, wenn ihnen mit PPP eine schnelle und angeblich kostengünstige Lösung in Aussicht gestellt wird.

Die GEW lehnt PPP ab, weil

- **die Vertragsinhalte verschleiert werden und nicht kontrollierbar sind,**
- **die Gegenleistungen der Privaten oft schlecht sind,**
- **die Öffentliche Hand sich durch Schattenhaushalte klammheimlich noch mehr verschuldet,**
- **die soziale Marktwirtschaft zerstört und**
- **Demokratie abgebaut wird.**

Verbündete

In Wiesbaden gründet sich z. Zt. eine Bürgerinitiative „Gemeinwohl hat Vorfahrt – Privatisierung stoppen“. Hier engagieren sich BürgerInnen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, aus Gewerkschaften, Politik oder Kirche, für den Erhalt öffentlichen Eigentums in Wiesbaden.

Die GEW-Wiesbaden ist dort vertreten, um mit anderen zusammen

- für den Erhalt kommunalen Eigentums zu streiten
- Finanzierungsmodellen wie PPP entgegenzuarbeiten
- die Forderung nach einer angemessenen Finanzausstattung der Städte und Kommunen zu unterstützen.

Die Initiative wird nach den Wahlen an die Öffentlichkeit treten und über den mit PPP geplanten Bau eines Stadtmuseums, über die mit PPP geplanten Schulneubauten oder –sanierungen und andere zweifelhafte Projekte informieren und aufklären. Wir hoffen dazu beizutragen, dass der Widerstand wächst und der Bereich der öffentlichen kommunalen Daseinsvorsorge vor den Zerstörungen durch Markt und Wettbewerb geschützt wird.

Dorothea Stöver

„Staat macht sich arm und privatisiert“

Zu dem Artikel von Dorothea Stöver veröffentlichen wir Auszüge aus der Rede „Gute Arbeit – gute Bildung“, die die Kollegin Manon Tuckfeld auf der Kundgebung des DGB am 1. Mai 2013 in Wiesbaden gehalten hat. Tuckfeld hat sich ebenfalls mit der Privatisierung im Bildungswesen beschäftigt. (as/Red.)

„ (…) Wenn ich vergessen haben sollte zu erwähnen, dass Pisa privatwirtschaftlich durchgeführt wird, möchte ich dies jetzt tun. Und ergänzen: auch alles Übrige, das dazu beiträgt, technisch basierte Wissensvermittlungsprogramme an den Mann und die Frau, konkreter an die Hochschulrektorenkonferenz, den Wissenschaftsrat und die Kultusministerkonferenz, zu bringen. Unter der schönen, weil aussagekräftigen Schlagzeile „Bertelsmänner auf Beutezug“ wird auch gleich noch die einflussreichste Lobbyorganisation im Hochschulbereich, das Centrum für Hochschulentwicklung – kurz CHE (was für eine Abkürzung !) – vorgestellt, das den ideologischen und politischen Boden im Bereich des Segments Bildung zur Gewinnung der genannten Herrschaften aus Politik und Wissenschaft vorbereitet.

Der Trend zur Privatisierung der Bildung ist umfassend:

Mit Nachhilfeangeboten, für die Eltern 1,5 Milliarden Euro ausgeben. Mit Nachhilfeangeboten, die bereits in der Grundschule (ja vor der Grundschule) in Anspruch genommen werden, um die Empfehlung für die weiterführende Schule zu erhalten.

Dass das privat organisierte Nachhilfesystem die Chancenungerechtigkeit des Bildungssystems erhöht, muss nicht ausgeführt werden, sondern liegt auf der Hand. Dass privat finanzierte Nachhilfe weitgehend überflüssig ist, wenn unsere Schulen anders angelegt und ausgestattet wären, ist ebenso eine Binsenweisheit.

Dazu der Trend zur Privatuniversität. Die dann allerdings nicht wirklich privat ist, sondern sich ungeniert beim Staat bedient, wie am Beispiel der European Business School (EBS) gut gesehen werden kann. Diese wurde beim Aufbau der juristischen Fakultät mit 24,7 Millionen Euro unterstützt. Warum eigentlich? Weil Bildung nur noch Standortpolitik ist – oder besser name-dropping: Universitätsstadt Wiesbaden. Und dies anstatt die Hochschule Rhein Main vernünftig zu stützen.

- Mit Privatschulen, die seit Pisa wie Pilze aus dem Boden schießen. Fast jede Woche eine. In Nordrhein-Westfalen haben sie schon einen – man muss es so sagen – Marktanteil von 16,5%.

Unter der Überschrift „Wir werden plötzlich wertgeschätzt“ führt Gerhard Obermayr, Betriebswirt, Wirtschaftspädagoge und Chef des größten privaten Bildungskonzerns in Wiesbaden, in der „Frankfurter Rundschau“ im November 2008 auf die Frage hin aus, warum Privatschulen so beliebt sind: „Das war der Pisa-Schock. Die Ergebnisse dieser Studie haben das Vertrauen der Eltern in staatliche Schule nachhaltig erschüttert“.

Aber nicht nur private Unternehmen und deren Lobbyisten schleifen den Bildungsbegriff, um sich ein neues Marktsegment zu erschließen – was ja auch deren Sicht verständlich ist -, sondern der Staat macht fröhlich mit.

Angefangen damit, dass sich der Steuerstaat arm macht, weil er dort, wo viel zu holen ist, nicht viel holt. Weiter damit, dass dieser arme Staat folgerichtig, im Vergleich der OECD-Länder, deutlich unterdurchschnittliche Bildungsausgaben tätigt und abgeschlossen mit dem zunehmenden Trend, dass das wenige staatliche Geld in die privat organisierte Bildung gesteckt wird.

Bereits 50.000 Schülerinnen und Schüler besuchen in Hessen Privatschulen, die Förderung durch den Staat steigt auf 270 Millionen Euro. In diesen Privatschulen sind die Rechte der Arbeitnehmer oft strukturell eingeschränkt – insbesondere, wenn es kirchliche Einrichtungen sind. Andere leiden unter autokratischen Herrschaftsformen, wie in Wiesbaden bei Obermayr, der ein Imperium aufbaut und Mitarbeiter wie Abhängige ohne jede Rechte behandelt. (…)“

Beschissrunde

Das Ergebnis der letzten „Besoldungsrunde“ im Lande Hessen war es wie immer, dass die Versprechungen des regierungspolitischen Personals hinsichtlich der Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst des Landes Hessen für die Beamtinnen und Beamten nicht eingehalten wurden. Dies lässt mich zu folgender Betrachtung kommen:

Was macht eine Lehrerkraft im Beamtenstand anders als eine angestellte Lehrkraft, damit sie vollständig auf die tarifvertragliche Einmalzahlung (675,-- € brutto) und auf 0,2 % (bei 4000,-- € 8,--€ monatlich und ab 01.04.2014 wieder 8,--€ monatlich) der prozentualen Gehaltserhöhung verzichten kann?

Hier einige Vermutungen:

Die Lehrkraft

- befindet sich immer im Dienst, verhält sich im Straßenverkehr stets korrekt, zahlt also nie eine Strafe
- streicht in den Ferien die Klassenräume
- ist nicht in Facebook und hat weder Handy noch Computer
- wohnt in einer der zahlreichen Landesbedienstetenwohnungen
- kopiert Arbeitsblätter stets auf Vorder- und Rückseite.

Vermutlich fällt jedem braven beamteten Lehrkörper noch etwas Nettes ein, warum er gerne auf insgesamt 867,-- € zu Gunsten des Landes Hessen verzichten möchte.

Im Ernst:

Die wirkliche Lösung dieses Problems wäre eine Überleitung des mittlerweile pittoresken Beamtenstatus der Lehrkräfte in allen Bundesländern in Angestelltenverträge, die den besonderen Arbeitsbedingungen moderner Pädagogik auch finanziell gerecht werden.

Gute Bespiele hierfür gibt es aus der Schweiz. So unterliegen dort die Lehrer einem besonderen Kündigungsschutz, sind ganz normal sozialversichert, müssen deshalb keine Versorgungsrücklage abtreten und werden im Vergleich zu Deutschland überdurchschnittlich gut bezahlt!

Matthias Bender

Nicht vergessen:
Am 22.September
sind Wahlen

„Sie können mein Haus nehmen, meine Arbeit, meinen ganzen Besitz - aber nicht mein Gewissen: Das müssen sie kaufen!“

Landesschulamt im Niedergang?

Den Historikern unter unseren Kolleginnen und Kollegen ist bekannt, dass der Untergang großer Reiche sehr oft mit einer Krise ihrer Institutionen beginnt. Es verdient daher Beachtung, wenn das Landesschulamt, dessen Gründung ja selbst schon Ausdruck einer krisenhaften Situation war, nach so kurzem Bestehen schon völlig durchgeknallt zu sein scheint. Das Landesschulamt hat im April eine „Onlinegestützte landesweite Befragung zu Belastungen und Wohlbefinden von Lehrerinnen und Lehrern“ in Umlauf gegeben, die es von der Universität Gießen, Fachbereich 06, Psychologie und Sportwissenschaft, hat erstellen lassen. Sobald diese Umfrage dem Hauptpersonalrat und dem Gesamtpersonalrat bekannt wurde, gingen die Wellen hoch. Kritisiert wurde insbesondere, wie intensiv die Kolleginnen und Kollegen darüber interviewt werden sollen, wie oft sie alkoholische Getränke zu sich nähmen. Das will der große Bruder aber ganz genau wissen. „Wie viel trinken Sie typischerweise an einem Tag?“ „Wie oft haben Sie sich während der letzten 12 Monate nicht mehr an den vorangegangenen Abend erinnern können, weil sie getrunken haben?“ Wir aber erinnern uns an den vorangegangen Abend eher deshalb weniger gerne, weil das mal wieder ein Elternabend war. Sorgen bereitet dem Amt überdies der Verlust an sexuellem Interesse. „Sind Sie durch folgende Beschwerden beeinträchtigt? (…) Schmerzen beim Geschlechtsverkehr?“ Das ist nur folgerichtig, wo wir vor kurzem schon unterschreiben sollten, dass wir dem Hessischen Datenschutzbeauftragten Zutritt zu unseren Privatgemächern und unserer privaten EDV gewähren, die wir alle gezwungenermaßen dienstlich nutzen. Dass sich die Fürsorgepflicht des Dienstherrn indes auf die Schlafzimmer ausdehnt, das ist neu

Auf die schleichende Krise der Institutionen deutet weiterhin, wie primitiv zusammengeschustert die Umfrage des Landesschulamts ist. Denn kommen wir zur Ursache aller unserer Beschwerden, so ist das in der kapitalistischen Gesellschaft die Reduktion der Mitmenschlichkeit auf „die gefühllose bare Zahlung“, um es mit dem „Kommunistischen Manifest“ zu sagen. In einer entfremdeten Form hat sogar eine neoliberal gestylte Landesbehörde davon schon etwas gehört. Zu Beginn der Umfrage sollen wir unsere gefühlte Einschätzung darüber preisgeben, ob wir an bestimmten „Ressourcen“ gewonnen oder verloren hätten. So etwa an „Geld, um sich etwas gönnen zu können“, an „angemessenem Gehalt“, an „Gespartem/‘Notgroschen‘“. Was Letzteres anbetrifft, ist das keine Sache des Gefühls. Wer seinen „Notgroschen“ konservativ angelegt hat, weiß zuversichtlich, wie er oder sie gerade durch die Niedrigzinspolitik enteignet wird. Aber wir sind ja auch keine Bank, sondern leisten nur einen „effektiven Beitrag für das Unternehmen“ Schule – oder auch nicht. Geld, „um uns auch mal etwas gönnen“ zu können, hätten wir freilich dann, wenn wir ein „angemessenes Gehalt“ bezögen und nicht noch wie bei der gerade abgeschlossenen Tarif- und Besoldungsrunde wieder einmal vergackeiert worden wären. Dann gönnten wir uns des Abends auch gerne mal ein Gläschen, gerne auch mal von einem etwas feineren Wein à la Peer Steinbrück, und wüssten am nächsten Morgen doch noch, was wir in der Klasse X gerade eben durchnehmen wollten.

Arnold Spellerberg

Vom Luxus-Liner EBS über die Titanic auf die Arche Noah – eine neoliberale Karriere

Bravo, Herr R. Müller von der CDU! Doch noch vor der Landtagswahl in Hessen ringt sich wenigstens ein christlicher Politiker zu später Einsicht über die European Business School (EBS) durch: „Nach meiner Überzeugung sollte die staatliche Hilfe irgendwann beendet sein.“

Im Hinblick auf die frühere Tätigkeit des heutigen Wirtschaftsministers Florian Rentsch (FDP) in einer Anwaltskanzlei, die an der Erarbeitung verschiedener Verträge der Stadt Wiesbaden mit der EBS und - mindestens in einem Fall - auch mit dem Land Hessen beteiligt gewesen sein soll, schlussfolgert Müller: „Das ist niemandem zu vermitteln, wenn es solche personellen Verflechtungen gibt.“

Selbst der FDP-Abgeordnete M. Büger gibt zu bedenken: „ Je mehr öffentliches Geld die EBS bekommt, desto öffentlicher muss sie sein.“

Fraktionsübergreifend mit der Partei „Die Linke“ („…EBS - Studenten wechseln reibungslos an eine staatliche Universität…“) gelangt Müller zu dem Schluss: „Die Welt geht nicht unter, wenn es die EBS nicht gibt…“ (sämtliche Zitate aus der FAZ vom 19.08.2013). Es ist doch schön, dass ein solcher parteiübergreifender Geist der Gemeinsamkeit nicht nur im Untersuchungsausschuss des Bundestages zur NSU-Mordserie, sondern nun auch im betulichen Hessischen Landtag weht.

Die GEW-Wiesbaden geht deshalb davon aus, dass wir in nächster Zeit tatsächlich die Chance haben, durch unsere Hochschule Rhein-Main eine echte Universitätsstadt mit mehr als einer Fakultät und einer Windei-Fakultät und mit einer breiten Angebotspalette zu werden. Im hochherrschaftlichen Kurhaus könnten wir, auch wir als GEW-Wiesbaden,

dann eine seriöse und ernstzunehmende akademische Feier starten. Schließlich kann sich im neoliberalen Kapitalismus „jeder ein Glas Champagner und einen halben Hummer leisten“, wie es der Restaurantbetreiber Kefer aus München immer betont.

Wenn diese Kraft der späten Reflexion Konsens ist, dann dürfte es nicht schwerfallen, im EBS-Untersuchungsausschuss des Landtags noch vor der Wahl und im Geiste der Gemeinsamkeit die allseits gewünschte Klarheit zu schaffen. Das wäre auch im Sinne des Prüfberichts des Hessischen Rechnungshofes in Sachen EBS.

Um die Wahrheitsfindung zu beschleunigen, fordert die GEW-Wiesbaden die von der Bürgerschaft ermächtigten Institutionen und Gremien, den Untersuchungsausschuss und die Fraktionen des Hessischen Landtages sowie den neuen Wiesbadener Oberbürgermeister Sven Gerich und die Wiesbadener Rathausparteien auf, dafür zu sorgen, dass wir endlich erfahren, wie es passieren konnte, dass eine „Elite Universität“ so kläglich in ihrer Paradedisziplin „Wirtschaft“ scheitert und etwa Steuermittel in gewaltiger Höhe zweckentfremdet.

Weiter erwartet die GEW-Wiesbaden vom ehemaligen Wiesbadener Oberbürgermeister und Kämmerer Dr. Müller, vom derzeit noch amtierenden Wirtschaftsminister Florian Rentsch, vom Co-Vorstandsprecher der Deutschen Bank, Jürgen Fitschen, und vom zurückgetretenen Präsidenten der EBS, Dr. Cremer, dass sie endlich öffentlich erläutern, was sie in ihren jeweiligen EBS-Funktionen im Hinblick auf das Finanzgebaren der Privatuniversität mitbekommen und was sie ggf. mit zu verantworten haben.

Während wie dies schreiben, wälzen sich sintflutartig weitere EBS-Botschaften über Stadt und Land:

- Der damalige SPD-Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters, Sven Gerich, sieht die EBS-Pläne in Wiesbaden gescheitert (WK 21.02.13).
- Der EBS droht ein Ordnungsgeld. Das Bundesamt für Justiz leitet ein Verfahren gegen die EBS-Law-School ein, weil sie noch keinen Geschäftsbericht für 2011 veröffentlicht hat (WK 06.05.13).
- Die EBS kann die Miete nicht mehr zahlen – die städtische WVV Holding GmbH stundet insgesamt 400.000,- Euro (WK 23.05.13).
- Ex–EBS-Präsident Jahns soll – nach Aussagen eines ehemaligen EBS-Professors - 2010 versucht haben, einen Bundeswettbewerb zu seinen Gunsten zu manipulieren und Millionenbeträge aus Bundesmitteln für private Firmen abzuzweigen (FR 15.08.13).
- Derselbe frühere EBS-Professor spricht auch von Unregelmäßigkeiten bei Promotionen und Professorentiteln und weiter davon, dass einige wenige Leute zulasten der Hochschule extrem profitiert hätten (WK 14.08.13).

Da fragen wir uns doch, ob die European Business School inzwischen von der Titanic auf die Arche Noah umgestiegen ist? Aber diesmal ohne Rettungsboote und Rettungsbotschaft, weil die christliche Unterstützung fehlt?

Hans Joachim Barth

„Geschichte und ich“ – lebendige Erfahrungen mit Geschichte

SPIEGELBILD, der außerschulische Lernort in Wiesbaden für historische und politische Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft

Seit nunmehr 25 Jahren setzt sich das „Aktive Museum Spiegelgasse für deutsch-jüdische Geschichte“ für das Sammeln, Bewahren und Präsentieren der jüdischen Geschichte Wiesbadens ein. In ehrenamtlichen Arbeitsgruppen werden Ausstellungen entwickelt, Stolpersteine verlegt, eine Fachbibliothek unterhalten und Zeitzeugengespräche geführt. Viele Schulen in der Umgebung sind in den letzten Jahren mit dem Aktiven Museum als prägnantem außerschulischem Lernort in Kontakt gekommen.

Erinnerung wird häufig von der Betroffenheit über vergangene Ereignisse ausgelöst. In pädagogischen Prozessen wird die Schwere und moralische Last der Betroffenheit oft auch auf die Schülerinnen und Schüler übertragen. Die eigene Betroffenheit führt aber nicht zwangsläufig zu einer gewünschten Reaktion bei den Jüngeren. Häufig wird „das Thema“ als belastet und kompliziert, als sehr traurig und als politisch brisant erlebt. Vor fünf Jahren hat das Aktive Museum erkannt, dass es dieser Entwicklung etwas entgegensetzen muss. Die von uns getragene Erinnerungskultur darf nicht im Betroffenheitsritual verharren. Sie muss zukunftsfähig werden und das geht nur, indem man die Gegenwart ernst nimmt, das meint vor allem die Gegenwart der Lernenden. Im Jahr 2007 wurde „Spiegelbild“, die Jugendinitiative des Aktiven Museums, gegründet, um den veränderten Bedingungen der Erinnerungskultur und der Geschichtsbetrachtung nachzukommen. Es sollte ein Paradigmenwechsel in unserer Bildungsarbeit geschaffen werden. Sie sollte sich an der Jetztzeit orientieren und müsste vor allem das Betroffenheitsritual und die Beklemmungsatmosphäre hinter sich lassen, die wegen der Fixierung auf die Opfer-Täter-Perspektive die jüngere Generation eher abstößt. Solche Rituale und Atmosphären spalten, machen sprachlos, oft erzeugen sie Verweigerung, nicht selten Aggression.

Spiegelbild arbeitet nach Prinzipien der außerschulischen politischen Bildungsarbeit. In der Entwicklung unseres Konzeptes haben sich alle Mitarbeitenden intensiv mit aktuellen Erkenntnissen der Bildungsarbeit auseinandergesetzt und sich der zentralen Maxime der Lebensweltorientierung verschrieben. Es stehen also nicht die Geschichte oder „die Opfer“ im Mittelpunkt unserer Arbeit, sondern der Schüler, die Schülerin.

Durch die ständigen Angebote und durch größere Projekte bauen die Mitarbeitenden Brücken zwischen der Lebenswelt der Jugendlichen und der Geschichte. Dabei erheben wir nicht den Zeigefinger und geben die Richtung vor, sondern bieten den Dialog an und begleiten Jugendliche und zunehmend auch Erwachsene in der kritischen Auseinandersetzung. Die langjährigen Erfahrungen des Aktiven Museums in der Vermittlung deutsch-jüdischer Geschichte sind natürlich in die Entwicklung des Konzeptes von Spiegelbild eingeflossen. War es zunächst das Ziel der Jugendinitiative, eine selbstbestimmte Auseinandersetzung mit deutsch-jüdischer Geschichte zu ermöglichen, hat sich das Themenspektrum aufgrund des konsequenten Konzeptes der Lebensweltorientierung erweitert. Die Vermittlung von jüdischer Kultur und deutsch-jüdischer Geschichte kann nur so weit unser Vorsatz sein, wie wir ihre Bedeutung für das heutige Zusammenleben verdeutlichen können. Aus der Geschichte lernen, heißt für uns, Begegnung

aktiv zu gestalten. Das gilt für die Begegnung von (jungen wie älteren) Menschen miteinander ebenso wie für die Begegnung mit der (deutsch-jüdischen) Geschichte. Wir passen unsere Arbeit deshalb den Bedingungen der Einwanderungsgesellschaft an und arbeiten mit und an den Fragen, die junge Menschen heute politisch umtreiben.

Wir möchten durch unsere Angebote jungen Menschen und Multiplikatoren Räume und Begleitung anbieten, sich mit der Geschichte und deren Bedeutung „für mich im Heute" auf eine neue Art und Weise auseinanderzusetzen. Unsere Projekte sind darauf ausgelegt, dass junge Menschen und auch erwachsene Multiplikatoren eine Haltung zu historischen wie politischen Themen einnehmen können. Dabei steht das eigene Handeln in Betrachtung der historischen oder politischen Ereignisse im Mittelpunkt. Durch aktive und kreative Methoden erreichen wir, dass sich die Teilnehmenden zu den Themen, mit denen sie sich beschäftigen möchten, selbst in Bezug setzen und dabei eigene Möglichkeiten sehen, in komplexen Zusammenhängen Entscheidungen zu treffen. Auf diese Weise leisten wir einen Beitrag zur individuellen Weiterentwicklung unserer Teilnehmenden als mündige Menschen und einen gesellschaftlichen Beitrag zur Entwicklung unserer Demokratie.

Zu unseren ständigen Angeboten zählen

interaktive Methoden zu den Erinnerungsorten der Landeshauptstadt Wiesbaden,

Workshops zu den Themen Judentum, Nationalsozialismus, Rassismus, Neo-Nazis, Vorurteile, Migration, Fußball und Geschichte,

Begleitung bei selbstgesteuertem Arbeiten zu unseren Themen, z. B. bei Referaten, Gruppenarbeiten, Projektwochen oder Projektprüfungen,

Projekte von und mit Jugendgruppen, die eigene Ideen zu Themen von Spiegelbild umsetzen möchten,

Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und Multiplikatoren.

Zwei Beispiele unserer Arbeit, die den zuvor beschriebenen Paradigmenwechsel verdeutlichen, sind das Projekt „Anne Frank – eine Geschichte für heute" und unser aktuelles Xenos-Projekt „Task Force Migration". Das Anne-Frank-Projekt im Jahr 2009 hat mit einer Ausstellung, durch die 6000 Menschen von Jugendlichen begleitet wurden, und 60 Begleitveranstaltungen, die insgesamt 4000 Menschen besuchten, nachhaltig dazu beigetragen, den Blick auf deutsch-jüdische Geschichte zu verändern. 30 Organisationen haben sich eigene Veranstaltungen, Projekte und Workshops einfallen lassen, welche die Bedeutung der Geschichte für unser heutiges Zusammenleben veranschaulichen konnten. Die Task Force Migration startet in diesem Herbst und wird aus einer Gruppe von Jugendlichen bestehen, die verschiedene Schulen Wiesbadens besuchen und gemeinsam zum Thema Migration arbeiten. Sie forschen, untersuchen die Einwanderungsgeschichte Wiesbadens und hinterfragen den Komplex „Integration" kritisch. Ihre Ergebnisse werden im nächsten Sommer vorgestellt.

Durch die Arbeit an aktuellen Fragen, die in Beziehung zu mir und der Geschichte stehen, haben wir festgestellt, dass auch Lehrkräfte zum Teil verunsichert sind und sich Begleitung zu den Themen von Spiegelbild wünschen. Seit 2009 bieten wir daher Fortbildungen an. Unter anderem haben wir mit Unterstützung des Hessischen Bildungsministeriums die Reihe „Herausforderung Vielfalt - Bildung im Wandel" entwickelt. Aus dem Netzwerk des Anne-Frank-Projektes hat sich der Trägerkreis „WIR in Wiesbaden" entwickelt, der seit nunmehr drei Jahren Projekte, Ausstellungen, Kulturveranstaltungen und Workshops anbietet. Jedes Jahr im Herbst stellen 30 Organisationen aus Wiesbaden ein Programm zusammen, das dem Ziel der Anerkennung von Vielfalt dient.

Ein letztes Wort darf an dieser Stelle natürlich auch zum Thema Geld nicht fehlen. Das Kulturamt der Landeshauptstadt Wiesbaden fördert Spiegelbild seit fünf Jahren mit der Finanzierung eines Jugendbildungsreferenten. Durch das Xenos Förderprogramm können wir befristet eine 75% -Stelle einer Bildungsreferentin schaffen. Praktikantinnen und Praktikanten sowie Programmmittel für unsere alltägliche Arbeit finanzieren wir durch Spenden, Drittmittelakquise und Honorare.

Der starke Zuspruch für unsere Arbeit bestätigt uns darin, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Die Vielzahl an Anfragen zeigt uns ebenso, wie wichtig diese Form der Bildungsarbeit als Ergänzung zum Schulangebot ist. Zukünftig müssen wir uns über die Verstetigung unseres Angebots Gedanken machen, was auch die dauerhafte Finanzierung einer zweiten Mitarbeiterin mit einschließt.

Aktuelle Angebote und Dokumentationen unserer Arbeit finden Sie unter www.spiegelbild.de

Hendrik Harteman, Jugendbildungsreferent für Spiegelbild, Wiesbaden, 26.8.2013

Wiesbaden sonderbar: Stadt spart stramm auf Kosten der Schulen

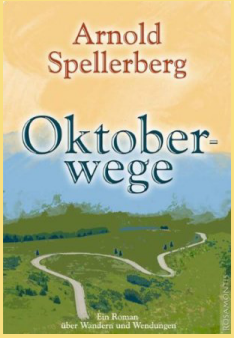
Kurz vor Redaktionsschluss erreichten uns noch diese Meldungen:

1. Am Einschulungstag an einer Wiesbadener Grundschule betritt die Klassenlehrerin ihren Klassenraum: Nur der Fußboden ist sauber und gewachst. Alles andere ist dreckig. Das Pult ist staubig. Auf Regalen und Schränken liegt der Staub. Spinnweben sind überall. Die Fenster sind nicht geputzt, natürlich sind auch die Fensterbänke voller Dreck. Unrat liegt auf dem Boden. Man stolpert in einen zerbrochenen Topf.

2. Am Einschulungstag eines Wiesbadener Gymnasiums geht der Klassenlehrer eines fünften Schuljahres zu seinem Glück in den Raum, in den er wenig später die Kinder führen soll. Der Zustand des Raums ist erbärmlich. Alles starrt vor Dreck. Im Unterschied zu der Grundschule ist hier auch der Fußboden dreckig. Der Klassenlehrer muss vor Beginn der Feier noch schnell den Raum putzen.

3. Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, hat die Stadt Wiesbaden, die Stadt mit dem internationalen Flair für ein gehobenes Publikum, rechtzeitig zu Beginn der Sommerferien den Vertrag mit der Reinigungsfirma auslaufen lassen, die die Grundreinigung an den Schulen durchzuführen gehabt hätte. Zum Beginn des neuen Schuljahres soll ein neuer Vertrag abgeschlossen werden. Man zahlt doch nicht für die sechs Wochen Ferien. Outsourcing pur. (as/Red.)

lesenswert



„Oktoberwege“ – Ein Roman von Arnold Spellerberg

Arnold Spellerberg, Mitglied des Kreisvorstandes der GEW-Wiesbaden und Redaktionsmitglied der WLZ, hat außer dem Erzählungsband „Fluchten und Auswege“ 2009 auch den Roman „Oktoberwege“ veröffentlicht. Das Buch wirft Fragen auf, auf die es einfache Antworten nicht gibt, die aber nur dann unwichtig sind, wenn man sich von dem Anspruch auf eine tiefgreifende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse verabschiedet hat. Der Roman erscheint dem Autor nicht nur als ein Beitrag zur Wanderliteratur, sondern ebenso als Beitrag zu einer zeitgemäßen Weiterentwicklung der Impulse und Ideen des Jahres 1968. Aufgrund der gegenwärtigen und großen Krise kann (und muss) man die in „Oktoberwege“ erzählte Geschichte als eine „Gegenwartsgeschichte“ lesen – als eine Geschichte, die nur dann verwundert, wenn man sich mit sozialer und ökologischer Kapitalismuskritik nicht mehr befassen will.

Arnold Spellerberg: „Oktoberwege“. Ein Roman über Wandern und Wendungen. Rosamontis Verlag Ludwigshafen, ISBN 978-3-940212-33-7, Paperback 222 S., € 11,80.

Arnold Spellerberg: „Fluchten und Auswege“.

Wer von uns möchte nicht manchmal die Flucht ergreifen?

Gibt es einen Ausweg aus der alltäglichen Misere?

Alle sägen an Ihren Nerven.

Wohin kann man fliehen?

Mit diesen Fragen müssen sich die Heldinnen und Helden der „Fluchten und Auswege“ herumschlagen.

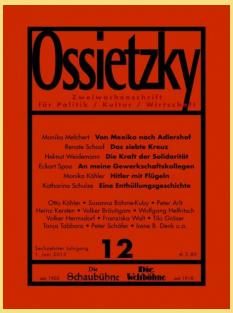
Erzählungen, Rosamontis Verlag, Ludwigshafen, 2011 ISBN 978-3-940212-55-9, € 11, 80

*

Daniela Dahn deckt tiefgreifende Blockaden auf, die den Staat daran hindern, die Dauerkrise zu lösen und sich in Freiheit weiterzuentwickeln - in ein Gemeinwesen, dessen Gesetze das Wohl aller in den Vordergrund stellen und nicht das Privateigentum, in dem die Allmacht der Parteien beendet wird. Einen Staat, der nicht mehr herrscht, wo er dienen sollte, und in dem die Bürger ihre wichtigen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Und sie macht konkrete Vorschläge, wie wir dahin gelangen können - in Deutschland, Europa und, wer weiß, darüber hinaus.

Rowohlt, 176 Seiten, 16,95 €

ISBN 978-3-498-01333-2



An meine Gewerkschaftskollegen (1) (Eckart Spoo)

In diesem Jahr sind wieder in mehreren deutschen Städten Nazis aufmarschiert. Die Polizei hat sie nicht nur gewähren lassen, sondern Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt, um Gegendemonstranten aufzuhalten.

In einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat, wie ihn das Grundgesetz proklamiert (speziell Artikel 9, Absatz 3), hätte die Polizei die Aufgabe, die antigewerkschaftlichen Aufmärsche zu verhindern, mit denen die Nazis uns den 1. Mai wegnehmen wollen. Wie blind, wie geschichtsvergessen muß man sein, um diese verfassungswidrige Absicht zu verkennen! Aber der demokratische und soziale Rechtsstaat steht im Grundgesetz nicht als Zustandsbeschreibung, sondern als Zielangabe. Wir werden noch viel zu tun haben, diesem Ziel näherzukommen.

http://www.ossietzky.net/12-2013&textfile=2302